

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.  
Kleinstes Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigerpreise:** Die Leinwandpreise betragen 1/2 Pf. außerhalb der Hauptmannschaft + 2 Pf. im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 1/2 Pf. — Einzelzeile und Reklamen 1/2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 217

Sonnabend den 16. September 1922

88. Jahrgang

## Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde

In der am 13. d. M. unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planitz im Rathaus zu Geising in Gegenwart einer Anzahl von Vertretern der Stadtgemeinde abgehaltenen 11. diesjährigen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde umfasste die Tagesordnung nebst Nachtrag 46 Punkte. Der Vorsitzende begrüßte die bis auf den entschuldigend fehlenden Oekonomierat Welde-Oberhäslach erschienenen Mitglieder und nahm vor Eintritt in die Tagesordnung Gelegenheit, der Stadtgemeinde Geising und insbesondere Bürgermeister Sieber herzlich zu danken für das Entgegenkommen, das der Bezirksausschuß hier gefunden habe und für die Vereinfachung des Rats- sungsprotokolls für die heutigen Verhandlungen. Der Bezirksaus- schuß tagte heute hier, um seinen Mitgliedern, soweit sie Geising und seine schöne Umgebung noch nicht kennen gelernt hätten, hie- zu Gelegenheit zu geben. Bürgermeister Sieber begrüßte hierauf die Bezirksausschussmitglieder im Namen der Stadt und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Bezirksausschuß heute zum ersten Male in den Räumen Geising tagte.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtete der Vorsitzende zu Punkt 1 über den Sachstand bezüglich der Durchführung der Getreidemenge. Die Umlegung sei erfolgt. Ihre restlose Durch- führung hänge zum größten Teil von einer baldigen Besserung des jetzigen ungünstigen Wetters ab. Weiter nahm der Bezirks- ausschuß von einer vor kurzem erfolgten und bereits bekannt ge- gebenen Preissteigerung, die sich namentlich durch die gewaltige Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise notwendig gemacht hat, zustimmend Kenntnis. Genehmigt wurden sodann die Vereinigung des Rittergutes Wärenklau mit der Gemeinde daselbst, die Nach- träge zu den Gemeindefeuerordnungen für Kreischa, Dorf Wären- klau und Oberarsdorf, die Gesuche der Gemeinden Wärenklau, Frauenstein, Kreischa und Georgenfeld um Erlaubnis zur Auf- nahme von Darlehen in Höhe von 29 888 M., 500 000 M., 3000 M. und 30 000 M., die Nachträge zu den Ortsgesetzen der Gemeinden Hermsdorf i. E. und Falkenhain über die Erhebung einer Orts- abgabe von Sommerfrüchten, der 4. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Errichtung einer Freibank für Glasblüte, das Ortsgesetz über das Nebengewesen im Nebengewerbe Reinhardtstr. 10, das Ortsgesetz betr. die Errichtung einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat zu Vorlasch das Gesuch des Fleischermeisters Max Israel-Raundorf um Erlaubnis zur Erweiterung der in dem Ortsgesetz betr. Nr. 29 für Raundorf (Jägerhaus) vorhandenen Kleinviehställeanlage zu einer Großviehställeanlage, die Uebernahme einer bestehenden Verbindlichkeit durch die Ge- meinde Wendischarsdorf infolge Einräumung einer Grunddienst- barkeit in Form eines Wegerechts an die Firma Hammer u. Co. in Großhilsa. Genehmigung fanden weiter die Kaufverträge der Gehälter der Gemeindevorstände zu Elend, Schönfeld und Reinberg, die Grundstückshausfische Nr. 89 für Schönfeld (Brauergrundstück Oberpöbel), die Erhebung der von den Be- zirken und den wegebaupflichtigen Gemeinden für die Tätigkeit der Amtsträgermeister in Kommunikationswegen an die Staatskasse jährlich zu zahlenden Vergütungen, die Konzeptions- gesuche der Gastwirte Hermann Stettin und Heinrich Adolf Pilschke, Laanenfeld, die Einstellung einer Hilfskraft für Haus- arbeit anstelle der bisherigen im Weinstift, das Gesuch des Gast- wirts Hilde-Reinhardtstr. 10 um Ausnahmegenehmigung zur Grundstückabtrennung betr. Bl. 44 des Grundbuches für Rein- hardtstr. 10, das Ortsgesetz der Gemeinde Gomborn, Reihennacht- wache betr., die Erhebung der Verpflegung für das Weinstift und die Stiftung eines Ehrenpreises aus Bezirksmitteln für die vom 7. bis 9. 10. 22 vom Lokalverein Böschendorf u. Umg. zu ver- anstaltende Obstausstellung. Bezüglich der Kreditbeschaffung für die Finanzierung der diesjährigen Getreidewirtschaft und einer Abänderung der Bestimmungen von Kreischa über die Feuerungs- abgabe sowie wegen des Ortsgesetzes über die Anstellungs-, Be- setzungs- und Rechtsverhältnisse der Beamten, Stellenanwärter und dauernd Angestellten der Stadt Glasblüte stimmte der Be- zirksausschuß den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft zu, be- schloß wegen der Verbreiterung der Bezirksstraße Kreischa-Loh- witz beim Auftreten auf den Hausmannsplatz in Kreischa dem Gemeinderate zu empfehlen, in Rücksicht auf die sehr hohen Kosten die Angelegenheit vorläufig zurückzustellen und lehnte den Antrag des Stadtelementarvereins Glasblüte um Erstattung des durch Ein- führung der Berufsordnung entstandenen Aufwandes ebenso ab, wie das Gesuch des Drosgisten und Kolonialwarenhandlers Paul Falter-Kipsdorf um Erlaubnis zum Verkauf von Branntwein für Trinkzwecke in versiegelten und verkorkten Flaschen in der gegenüber dem Hotel Friedrichshöhe in Oberbärenburg neu ertich- teten Verkaufsstelle im Mangel örtlichen Bedürfnisses. Zum 13. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung für Glasblüte wurde die Entschlüsselung zwecks Gehör des Landesfinanzamtes vorläufig aus- gesetzt, ebenso die Entschlüsselung zu dem Antrage des Fleischmehl- fabrikanten Oppelt in Dippoldiswalde wegen Abänderung des zwischen ihm und dem Bezirksverband bestehenden Vertrages wegen der Vereinfachung umgefallener und gekisteter Tiere. Nachdem der Bezirksausschuß von der Mitteilung über die Pferdebezüge im amtsauptmannschaftlichen Bezirk im Jahre 1921 und wegen der Hauptführung im Jahre 1922 sowie vom Sach- ausgang in einer Unterföhrungsache Kenntnis genommen hatte, faßte er noch auf 5 Gesuche um Unterföhrungen aus Staats- und Bezirksmitteln Entschlüsselung und Übertragung der Kassenführung über das Bezirksvermögen und die Bezirksstiftungen dem ab 1. 11. 22 aus dem Staatsdienste in den Ruhestand tretenden Verwaltungs- inspektor Porstner.

Nach Schluß der Sitzung beschloß der Bezirksausschuß unter Lebenswüdriger Führung des Fabrikbesizers Strnaet dessen in Geising gelegene Terracotta- und Fayence-Fabrik in allen ihren höchst interessanten Einzelheiten.

## Vertilches und Säuflisches

**Dippoldiswalde.** Das Wetter will und will nicht anders werden. Schien gestern auch zeitweise die Sonne, so kürzten sich doch oft auch dunkle Wolken auf und starke Gewitter-

regen, teilweise von Donner begleitet, strömten hernieder. In der 5. Nachmittagsstunde standen zwei prächtige Regenbögen am Himmel, wie wir sie nur selten zu sehen bekommen. In der 9. Abendstunde war am östlichen wie westlichen Horizont bei Sternenhimmel lebhaftes Wetterleuchten.

**Dippoldiswalde.** Die Gerichtsjerren haben mit dem heutigen Freitag, 15. September, ihr Ende erreicht. Alle Gerichts- sachen kommen wieder ohne Einschränkung zur Erledigung.

**Launenfeld.** Mittwoch vormittag ist in der Melitta-Prome- nade ein Ausländer von einem Grenzbeamten angeschossen worden. Der Mann war auf erfolgten Anruf nicht stehen geblieben, sondern versuchte, zu entkommen. Hierbei erlitt ihn das Schicksal und in verletztem Zustande wurde er in die Krankenstube gebracht.

**Zauderode.** Der Eingemeindungsvertrag mit Freital wurde vom Gemeinderat zu Zauderode einstimmig angenommen. Die Eingemeindung dieses Ortes dürfte schon am 1. Oktober vollzogen werden, wenn das Ministerium seine Genehmigung hierzu erteilt.

**Dresden.** Der sächsische Landtag hatte in seiner Sitzung vom 13. Juli durch Annahme des Haushaltsplanes die er- forderlichen Grundlagen geschaffen und das Gesamtministerium hat beschlossen, daß vom 1. Oktober ab die Kriminalpolizei im ganzen Lande und die Ordnungspolizei in Dresden, wie auch in Leipzig, Chemnitz und Plauen auf den Staat über- nommen wird. Die Absicht, auch in Zwickau und Jittau die Ordnungspolizei zu verstaatlichen hat vorläufig zurück- gestellt werden müssen.

Das Schwesternpaar Elisabeth verehelichte Giesel und Anna Martha verehelichte Dachsel standen wegen Milch- fälschung vor Gericht. Die Giesel war als Milchausträgerin bei der Firma Gebrüder Pfund in deren Filiale auf der Amalienstraße beschäftigt. Ihre Schwester, die Dachsel (Mutter von sieben Kindern im Alter von 1 1/2 bis 20 Jahren), war ihr beim Austragen der Milch behilflich. Von der Rund- schaft, die meist gegen Marken Kranken- und Rindermilch entnahmen, war schon mehrfach Beschwerde über verwässerte Milch eingegangen. Darauf wurden im Juni mehrfach Proben entnommen und diese vom Nahrungsmittelamt unter- sucht. Die chemische Untersuchung stellte einen Wasserzusatz von 40 bis 43 Prozent fest. Daraufhin hatten sich die Schwestern wegen Nahrungsmittelverfälschung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Beide gaben die Milch- panscherei an sich zu, wollten aber nur die zwei Mal, wo die Proben untersucht wurden, und da auch nur 5 Liter Wasser auf 60 Liter Milch zugegeben haben. Sie gaben als Entschuldigung an, für die Mutter und für die Schwester müsse allemal ein Liter Milch abfallen (Preis zur Zeit 10.20 M. pro Liter.) Sie haben sich auch ihr Quantum alle- mal von der verwässerten Milch weggenommen. (1) Der Sach- verständige behauptete, daß die in Frage kommenden Proben mit 40 und mit 43 Prozent Wasser vermischt worden waren. Gleichzeitig war die Milch des Pfund'schen Geschäftes unter- sucht worden, die zu Beanspruchungen keinen Anlaß bot. Der Sachverständige fügte auf Befragen des Richters noch hinzu, daß die Milch durch diesen Wasserzusatz um mindestens ein Drittel im Nährwert herabgesetzt worden sei. Das Urteil lautete bei der Giesel auf zwei Wochen Gefängnis und auf 1500 M. Strafe und bei der Dachsel wegen Beihilfe auf 700 M. Strafe. Sollte die Geldstrafe nicht beigetrieben werden können, treten an deren Stelle für je 100 M. ein Tag Gefängnis.

Als Wahltermin für die neuen Landtagswahlen ist der 5. November in Aussicht genommen.

Gegen Regierungsrat Hänichen von der Amtshaupt- mannschaft Grimma ist wegen schwerer Beleidigung der Regierung ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Die 3. sächsische landwirtschaftliche Woche findet vom 22. bis 27. Januar 1923 in Dresden statt.

**Freiberg.** Am 30. September findet hier die Hauptver- sammlung des sächsischen Lehrertinnenvereins statt.

**Leipzig.** Um weitere Wohnungen zu beschaffen, hat der Rat drei Millionen Mark in seiner letzten Sitzung bewilligt. Ferner hat er 345 000 M. bereitgestellt, um die Mehr- aufwendungen für die Unterbringung von Kindern in den Erholungsheimen Neuforge bei Mittweida, Müritz an der Ostsee und Wief auf Rügen zu bestreiten. — Die hiesige katholische Kirche begehrt am 17. und 18. September das 75 jährige Bestehen. Die Kirche wurde in den Jahren 1845 bis 1847 in gotischem Stil durch Prof. Heideloff-Nürnberg erbaut.

**Obernhausen.** Beim Schaulen auf einer am hiesigen Jahrmarktsplatz aufgestellten Schiffschaukel verunglückte ein 22jähriger Arbeiter tödlich.

**Frankenberg i. Sa.** In ihrer letzten Sitzung lehnten die Stadt- vorordneten der ungenügenden finanziellen Lage der Stadt wegen die Reubeschaffung von drei Polizeibeamtenstellen ab und stellten zur

Ueberwindung der größten Not unter der ärmsten Bevölkerung den Betrag von 100 000 M. zur Verfügung. Erhöht wurde der Gas- preis von 2 auf 3 M. für den Kubikmeter und die Aufwands- entschädigung für Stadträte und Stadtverordnete auf 1000 bzw. 500 M. Einverstanden war man auch mit der Uebernahme von 16 Siedlungshäusern und deren Weitergabe an Reichsheimstätten- berechtigte.

**Geithain.** Auch eine Sitzung. Der hiesigen Freibant fehlte bisher immer ein Pötelstahl. Der Stadtrat war im Begriffe eins anzuschaffen. Inzwischen hat aber der frühere Bahnhofswirt Oskar Rippert, jetzt Bahnhofswirt des Alten- burger Bahnhofs, diesem Mangel durch Schenkung eines Pötelstahles bereitwillig abgeholfen.

**Mittweida.** Ein 22 jähriges Dienstmädchen aus Chemnitz gab hier eine Diebstahlsanzeige auf dem Jahrmarkt. Es entwendete einem Obsthändler vom Stand weg 10 000 M. und einer Frau die Geldbörse. Es gelang, die Diebin auf dem Bahnhof aus dem Zuge heraus zu verhaften. Sie verfügte noch über 5000 M. Den Rest des gestohlenen Geldes hatte das Mädchen in Kleidungsstücken angelegt.

**Glauchau.** Schülerfahrten nach dem Rhein werden auch dieses Jahr wieder von Glauchau und Berlin aus veranstaltet. 14 Schüler sollen an jeder der zwei Fahrten teilnehmen. Die Schüler sollen die Schönheiten und geschichtlich bedeutenden Stätten des Rhein- tals und der Rheintäler kennen lernen und einen Einblick in die Lage in den besetzten Gebieten erhalten. Die Stifter dieser Ferien- fahrten sind die Firma Pflüger, Striebel u. Co. in Glauchau und einige ihrer Geschäftsfreunde.

**Kempfenfeld.** Die Inhaber der hiesigen Schanklokale erwidgen, ob es nicht angezeigt ist, ihre Lokale nur Sonntags und am Frei- tag noch zu bestimmten Wochentagen zu öffnen. Die Kriegszeit war schlimm und hatte dem Volke Schweres anferlegt, aber die Gegen- wart erscheint noch schwerer.

**Schönheide.** Am kommenden Sonntag begehrt der hief. Männergesangsverein das Fest seines 80 jährigen Bestehens. Eingeleitet wird das Fest durch einen Kommers am Sonn- abend im Hotel Schwan.

**Aus dem Vogtlande.** Die vielbesuchte Einteilstätte „Kaffeehaus Wettin“ in Erbach hat ihre Räume geschlossen, um einem gewerblichen Betriebe Platz zu machen. — Der Viehstimmelnach der Tscheho-Flowatek steht immer noch in hoher Blüte. In der vorvergangenen Nacht gelang es einigen Grenzbeamten, eine wertvolle Kuh in der Nähe von Boblitzsteden zu beschlagnehmen.

**Werdau.** Rittergutsbesitzer Derham in Blankenhain hat über Stadt Werdau 100 Zentner Kartoffeln geschenktweise überlassen. Die Kartoffeln werden bei der Bereitung der Speisen in Volkstüchen Verwendung finden.

**Adorf i. V.** Der hiesige Stadtrat hat angeordnet, daß In- landszucker, markenfrees Mehl und Sälsenfrüchte künftig nur noch gegen Vorlegung des Lebensmittelausweises und in genau bezeichneten kleinen Mengen für die Woche abgegeben werden darf. Die Maßnahme ist getroffen, um den Ausverkauf durch Ausländer zu verhindern. Zugleich wird auf das Verbot des Ver- kaufs von Lebensmitteln und sonstigen Waren an Ausländer hin- gewiesen und ersucht, auch Textilwaren zur Streckung der Vor- räte künftig nur noch in kleinen Mengen abzugeben.

**Neustadt.** Von einem Einbrecher heimlich gesucht wurde am Montag eine hiesige Kriegerwitwe, als sie ihre Wohnung verlassen hatte. Der Dieb, den man in einem Anprecher, der an diesem Tage die Gegend unsicher gemacht hatte, vermutet, entdeckte den Wohnungsschlüssel, den die Witwe umständelhalber auf dem in der Hausflur befindlichen Gaszähler verborgen hatte, und verschaffte sich Eintritt. Er hief u. a. 2 Trauringe, 2 Uhren, eine Partie guter Handtücher mitgeben und stahl auch noch eine kleinere Summe in Papiergeld. Den polizeilichen Nachforschungen ist es bis jetzt noch nicht gelungen, den Täter zu ermitteln.

## Vermischtes.

\* Ein ganz Ehrlicher. In Halle fand ein Herr eines Tages auf der Straße einen Tausendmarktschein. Der Finder war mit Glücksgefühlen nicht sehr besetzt und hätte das Geld zu gern be- halten, wenn ihn nicht sein Gewissen bedrückt hätte. Was sollte er nun tun? Endlich fand er einen Ausweg. Er ging hin und wechselte den Tausendmarktschein in zwei Fünfhundertmarktscheine um. Diese lieferte er an die Fundstelle ab. Natürlich meldete sich niemand, der die beiden Scheine verloren hatte, und nach Ablauf der gesetzlichen Frist konnte der schlaue, ehrliche Finder das Geld wieder in Empfang nehmen. Ja — man muß sich zu helfen wissen.

## Belgische Justiz in Duisburg.

In Duisburg, das nunmehr 1 1/2 Jahr von belgischen Truppen besetzt ist, sind im Laufe der letzten Monate nach amtlichen Feststellungen 45 Personen mit insgesamt 30 Monaten und 45 200 Mark Geldstrafe durch die außerordentlichen Kriegsgerichte bestraft worden. Als Gründe kommen in erster Linie in Betracht: zu geringe Hochachtung vor belgischem Militär, Beleidigungen, Nichtgrüßen, Überschreiten der Polizei- stunde, Nichtanbringung von Preisgeldern, Abhaltung von Versammlungen und ähnliches mehr. Unter den Bestraften befinden sich 8 Beamte.

## Das Schicksal Oberschlesiens.

Auf der gerade jetzt stattfindenden Tagung des Völkerbundes in Genf wagte einer der maßgebenden Herren dort ganz öffentlich zu sagen, daß die Tätigkeit des Völkerbundes eine Segensreiche sei, und er führte als Beispiel dafür an die vorbildliche Entscheidung über Oberschlesien. Nun, die letzten Vorgänge in dem von Deutschland losgerissenen Teile Oberschlesiens haben gerade das Gegenteil bewiesen. In Ostoberschlesien herrscht heute ein Chaos, wie es unter deutscher Verwaltung niemals möglich gewesen wäre.

Es war vorauszu sehen, daß die Polen der Verwaltung dieses hochkultivierten Landes nicht gewachsen sein würden und daß mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang, ja vielleicht Untergang des Landes gerechnet werden müßte. Aber schon wenige Wochen nach der „vorbildlichen Entscheidung“ des Völkerbundes, durch die der ganz unteilbare Wirtschaftsorganismus Oberschlesiens willkürlich zerrissen wurde, kamen gerabehu erschütternde Hilferufe aus Ostoberschlesien. Die Katastrophe begann mit dem Eindringen polnischer Elemente, welche Ostoberschlesien einfach ausluderten. Lebensmittelverknappung flackerte in den großen Städten auf, ohne daß die polnische Regierung irgendwelche Maßnahmen ergriff, um der Not zu steuern. Denn die vielen Waggons angeblich heranrollender Lebensmittel auf dem weiten Wege von Warschau nach Kattowitz waren irgendwo verschwunden. Nach guter polnischer Sitte. Zum hellen Ausdruck aber kam die Empörung der Bevölkerung besonders der hier ja den Ausschlag gebenden Arbeiterschaft, als diese die ihr zustehenden Löhne zunächst überhaupt nicht bekam, und dann schließlich in polnischer Valuta ausgezahlt erhielt. Mit dem Auszahlen der Gehälter war ja die polnische Regierung für ihre eigenen Beamten schon im Rückstande geblieben. Derselbe Fall trat in den letzten Tagen auch bei der Privatindustrie ein. So kam der Stein ins Rollen und Oberschlesien steht jetzt mitten in der Katastrophe. Der Ausnahmezustand ist in Kattowitz verhängt, außerordentliche Gerichte werden eingesetzt, welche das Recht haben, innerhalb 24 Stunden die Todesstrafe zu verhängen. Und polnische Infanterie ist bereits gegen die Arbeiterschaft vorgegangen, und es gab eine Anzahl Tote und viele Verletzte.

In dieser katastrophalen Entwicklung ist natürlich die polnische Regierung „völlig unschuldig“. Die polnische Presse behauptet mit unerhörter Kühnheit, daß alle die Vorgänge deutsches Werk sind. Sie sucht der Welt einzureden, daß aus Deutsch-Oberschlesien Leute über die Grenze kommen und plündern und rauben und wirft der Reichsregierung vor, sie hätte die Versorgung des Abtretungsgebietes mit Reichsbanknoten — wozu Deutschland nach dem Genfer Abkommen verpflichtet sei — absichtlich und böswillig vernachlässigt. Infolge der Knappheit an deutschen Zahlungsmitteln seien die Warenpreise sprunghaft angezogen und die Bevölkerung gehe jetzt einer Hungerskatastrophe entgegen.

Diesen gänzlich unbegründeten Vorwürfen gegenüber wird in einer amtlichen deutschen Rundgebung darauf hingewiesen, daß Deutschland durch das Genfer Abkommen keineswegs die Verpflichtung übernommen hat, Ostoberschlesien unbegrenzt mit deutschen Zahlungsmitteln zu versehen. Die deutschen Banknotenausgaben sollen vielmehr lediglich bemüht sein, die zur Deckung des Kreditbedürfnisses an Polnisch-Oberschlesien erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundsätzen wie bisher zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Banken sind dieser Verpflichtung bisher in vollem Umfang nachgekommen. Insbesondere ist die Reichsbankstelle in Gleiwitz bisher stets voll mit Zahlungsmitteln beliefert worden. Wenn neuerdings in Ostoberschlesien ein Mangel an deutschen Zahlungsmitteln eingetreten ist, so ist dieser Umstand größtenteils auf Valutaspekulationen und auf das Abströmen deutscher Reichsmark nach Warschau zurückzuführen.

Diese Warschauer Wörren-Machinationen vermag die Reichsregierung selbstverständlich niemals zu hindern. Es ist daher eine völlige Verdrehung der Tatsachen, wenn die Polen Deutschland für die oberschlesische Weltkalamität und ihre Folgen verantwortlich machen wollen. Die traurigen Zustände in dem ehemals unter deutscher Herrschaft so blühenden oberschlesischen Industriegebiet sind vielmehr die unausbleiblichen Folgen der Genfer Entscheidung, die der Völkerbund als „vorbildlich“ hinzustellen magt.

## Belgiens Goldhunger.

Die Note der belgischen Regierung.

Die von der belgischen offiziellen Nachrichtenagentur angekündigte amtliche Note der belgischen Regierung ist jetzt in Berlin eingetroffen. Sie ist von dem belgischen Außenminister Jaspar geschrieben und deckt sich grundtätlich mit dem, was bisher von belgischer und französischer Seite gemeldet war. Die entscheidenden Sätze lauten folgendermaßen:

„Die Besprechungen, die in Berlin zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und den Delegierten der belgischen Regierung über die von der deutschen Regierung bereit zu stellenden Garantien erfolgt sind, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die belgische Regierung bittet die deutsche Regierung daher, ihr un verzügllich zwei deutsche Schatzbons, zahlbar in Gold, in einem Betrage von je 50 Millionen Goldmark für die Fälligkeiten vom 15. August und 15. September zuzulassen und in der belgischen Nationalbank 100 Millionen Goldmark als Sicherheit für diese beiden Baus niederzulassen.“

Inzwischen hatte der Staatssekretär v. Bergmann, den die Reichsregierung als Unterhändler nach Paris entsandt hatte, inoffizielle Einzelbesprechungen mit den belgischen Delegierten Delacroix und Bemelmans, sowie mit Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens in der Reparationskommission. In diesen Besprechungen, die als Fortsetzung der deutsch-belgischen Verhandlungen in Gegenwart der Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens zu betrachten sind, wurde eine ganze Reihe von Lösungsmöglichkeiten durchgesprochen. Eine Verständigung wurde bis jetzt nicht erzielt, doch wird die Lage in unterrichteten Kreisen optimistisch beurteilt. Man betont jedenfalls

hart, daß alle Beteiligten aufrichtig bestrebt sind, zu einer Einigung zu gelangen.

## Wirth gegen Krisengerüchte.

Eine Kanzlerrede auf dem Industrie- und Handelstag.

Anlässlich der Herbsttagung des deutschen Industrie- und Handelstages im ehemaligen Herrenhaus in Berlin nahm der Reichskanzler Dr. Wirth Gelegenheit, um den in den letzten Tagen mehrfach verbreiteten Gerüchten von einer neuen Regierungskrise und einem voraussetzlichen Rücktritt des Kanzlers entgegenzutreten.

Der Kanzler hob hervor, daß er nicht in der Lage sei, sich über den augenblicklichen Stand der politischen Situation zu äußern, da über die belgische Note im Schoße der Reichsregierung Beschlüsse noch nicht gefaßt seien. Dagegen halte er es für notwendig, energisch zu betonen, daß diejenigen die falsche Politik treiben, die glauben, die Folgen der politischen Ereignisse mit Krisengerüchten begleiten zu sollen. Derartige Krisengerüchte könnten die politische Situation nur noch gefährlicher machen als sie ohnehin ist. Die Regierung, die im Vertrauen auf die Mehrheit der Volksvertretung, die Politik verantwortlich leiten habe zu führen. Sie schlage einen klaren, eindeutig bestimmten Weg der Politik ein. Sollte sich herausstellen, daß sie dabei von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist und daß diese Politik nicht zum Ziele führt, so ließe es der Volksvertretung jederzeit frei, eine andere Regierung an ihre Stelle einzusetzen, die eine andere, aber ebenso klare und bestimmte Politik verfolgt.

Der Kanzler wandte sich dann den Ernährungs-schwierigkeiten zu, denen wir im Winter entgegengehen, und betonte, daß das ganze deutsche Volk mit der Regierung bereit sein müsse, um den Krieg gegen den Hunger zu organisieren. Von den Mächten, die Hegreich am Kriege teilgenommen haben, verlangte Dr. Wirth, daß sie der Welt endlich wirklichen Frieden geben sollten, und betonte dann zum Schluß, daß unseren Wiederaufstieg nicht Vergeudung und Schlemmerel, sondern nur Arbeit und, wenn es sein muß, Mehrarbeit, gewährleisten kann.

## Die Erhöhung der Posttarife.

Annahme im Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für Postangelegenheiten hat die erhöhten Sätze für Briefe und Postkarten so angenommen, wie sie der Reichsrat genehmigt hatte.

Eine Postkarte im Ortsverkehr kostet also ab 1. Oktober 1,50 Mark Porto, im Fernverkehr 3 Mark. Ein Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2 Mark; über 20 bis 100 Gramm 4 Mark; über 100 bis 250 Gramm 6 Mark. Im Fernverkehr beträgt das Porto für Briefe bis 20 Gramm 6 Mark; über 20 bis 100 Gramm 8 Mark; über 100 bis 250 Gramm 10 Mark. Fernkarten kosten: bis 20 Gramm 1 Mark; über 20 bis 50 Gramm 1,50 Mark; über 50 bis 100 Gramm 3 Mark; über 100 bis 250 Gramm 6 Mark; über 250 bis 500 Gramm 8 Mark; über 500 bis 1000 Gramm 10 Mark.

Die Fernsprechtarife wurden nach dem Regierungsvorschlag angenommen. Es wird also vom 1. Oktober ab auf alle Fernsprechtarife ein Teuerungszuschlag von 500 Prozent, das ist 340 Prozent mehr als bisher, erhoben.

Auf eine Anfrage beauftragte der Reichspostminister, daß die Reichspostverwaltung im Begriff sei, allmählich 15- bis 16.000 Bediente in andere Reichs-verwaltungen zu überführen. Damit sei die Reichsfinanzverwaltung einseitig zu verkleinern. In der Abstimmung wurde eine Entschließung des Abg. Dr. Fortmann (Zentrum) angenommen, wonach für den Bezug von Tageszeitungen durch die Post die vierteljährliche Bestellung und Einziehung des Bezugspreises durch monatliche Bestellung und Einziehung des Bezugspreises ersetzt werden soll.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung des Abg. Gerstenberger (Bayer. Volksp.), wonach die Postverwaltung die Verpackung der Zeitungen ausführen soll, und zwar zu einem zu vereinbarenden Betrag, der die Selbstkosten der Post deckt.

## Die Tarifierhöhungen der Reichsbahn.

Der Reichsverkehrsminister hat den Ausschuss des Reichseisenbahnrates nach Berlin eingeladen. Der Ausschuss soll über die prozentualen Tarifierhöhungen beraten, die zum 1. Oktober mit Rücksicht auf die letzten Preiserhöhungen für Material und auf die jüngsten Erhöhungen der Teuerungszulagen für das Personal notwendig werden.

## Sicherung der Meerengen.

Alliierte Truppenlandungen an den Dardanellen.

In Eskanah an der asiatischen Küste der Dardanellen und in Stutari gegenüber Konstantinopel sind französische, englische und italienische Truppen gelandet worden, die den Schutz Konstantinopels und der Halbinsel Gallipoli übernehmen sollen. Außerdem ist ein großer Teil der englischen Mittelmeerflotte bei Konstantinopel vor den Dardanellen zusammengezogen worden. Marschall French, eine Zeitlang englischer Generalkommandant im Weltkrieg, dann in Irland, der zurzeit in Paris zur Feier der Wagnerschlacht weilt, hat Befehl erhalten, sofort als Militärinspekteur nach Konstantinopel abzureisen.

Das dritte griechische Armeekorps, das den Türken in dem Abschnitt von Brussa sandgehalten hatte und das ungefähr 5000 bis 6000 Mann zählt, wurde zur Verstärkung der in Thrazien stehenden griechischen Armee nach Rodosto geschickt.

## Austritt auf den Inseln.

Nach französischen Meldungen kam es auf den Inseln Chios und Mytilene, wozu der größte Teil der geschlagenen griechischen Armee in alle Geschafft worden war, zu Aufrührerbewegungen. In Mytilene proklamierte man die Republik. Inzwischen dauert die Räumung Kleinasiens durch die griechischen Truppen fort. Bisher sollen 26.000 Mann und 6000 Ver-

wundete in die Heimat zurückgeführt sein. In antiken Kreisen Athens stellt man in Abrede, daß es bei der Armees zu Meutereien gekommen sei, und daß sich in der Marine Unruhen zeigen.

Der Teil der griechischen Armee, der auf der Halbinsel Thesalonike noch Widerstand zu leisten versuchte, hat sich den Türken ergeben. Das Gros der türkischen Armee ist mit Mustapha Kemal Pascha an der Spitze in Smyrna eingerückt. Wie Reuter aus Konstantinopel meldet, haben die Griechen vor der Räumung von Brussa die Stadt an verschiedenen Stellen in Brand gesteckt. Die Feuerbrunst wurde auf ein Stadtviertel begrenzt, das eingeschmört wurde.

## Kemal's Waffenstillstandsbedingungen.

Die kemalistische Regierung hat auf das griechische Waffenstillstandsgesuch bisher nicht geantwortet und wird sich voraussichtlich auch nicht sehr damit beschäftigen. Jedenfalls dürften, wie aus französischer Quelle verlautet, Griechenland für den Waffenstillstand strenge Bedingungen auferlegt werden. Insbesondere würde die Regierung von Angora die Übergabe eines Teils des griechischen Kriegsmaterials verlangen. Angora wünscht über die Friedenspräliminarien direkt mit Griechenland, also ohne Einmischung der Alliierten, zu verhandeln. Es wird die Autonomie der Inseln Mytilene, Chios und Samos gefordert. Ferner die Errichtung eines autonomen Staates in Ostthrazien. Das Gebiet von Adrianopel müßte der Türkei zufallen. Ferner werden die Türken eine angemessene Entschädigung für die angerichteten Verwüstungen in Kleinasien verlangen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. September 1922.

— Der deutsch-italienische Memellandbund hat an die Völkervereinigung in Paris den Antrag gerichtet, bei der zu erwartenden Abstimmung im Memelgebiet auch die außerhalb des Memellandes wohnenden geborenen Memelländer als mitabstimmungsberechtigt anzuerkennen.

— Der Hamburger Senat richtete an die Bürgererschaft einen Antrag auf Bewilligung von 280 Millionen Mark zur Durchführung von Fürsorgemaßnahmen anlässlich der Teuerung.

— Die Ausgleichszahlung für August wird, entgegen anderen Meldungen, doch nicht in vollem Umfange geleistet werden können. Von den fälligen 40 Millionen Goldmark ist bereits ein Viertel gezahlt. Rummehr hat die Reichsregierung der britischen und der französischen Regierung mitteilen lassen, daß am 18. September eine weitere Zahlung von 500.000 Pfund Sterling (10 Millionen Goldmark) auf die Ausgleichskasse vom 15. August erfolgen werde. Die Vereinfachung dieses Betrages ist durch das Entgegenkommen der Reichsbank ermöglicht und geschieht mit Rücksicht auf das von der deutschen Regierung den Alliierten früher gemachte Angebot, einen derartigen Betrag für das Ausgleichsverfahren monatlich verfügbar zu machen. Der verbleibende Restbetrag der Augustkassete wird den Alliierten übermitteln werden, sobald es die Verhältnisse zulassen. — Die Reichsregierung hatte ursprünglich gehofft, bis zum 15. September einen größeren Betrag beschaffen zu können. Man erwartete nämlich, daß die Mark in diesen Tagen steigen würde, so daß man in der Lage gewesen wäre, Devisen in größerem Umfange anzukaufen. Durch die Entscheidung der belgischen Regierung ist aber ein weiteres Steigen der Mark verursacht worden. Die Reichsbank ist daher nicht mehr in der Lage gewesen, die ursprünglich gewünschte Menge bereitzustellen.

— Um die Verringerung der Militärkontrollkommission. Zurzeit schweben zwischen Engländern und Franzosen sowie den anderen an der Militärkontrollkommission beteiligten Mächten Verhandlungen, die auf eine Verringerung der Militärkontrollkommission hinauslaufen, aber dem lebhaften Widerstand Frankreichs und Belgiens begegnen. England dringt angeblich auf Einrichtung des sogenannten Militär-garantiekomitees zum ersten Oktober.

— Ministerie und Getreideumlage. Wie der Reichsernährungsminister jetzt auf eine Anfrage der Reichstagsabgeordneten Dr. Semmler und Schröter (Vogeln) mitteilt, ist vom preussischen Ministerium für Landwirtschaft bei der Reichsregierung der Antrag gestellt worden, für die durch Ministerie betroffenen Gegenstände Schlesiens eine Herabsetzung des Umlagebetrags einzutreten zu lassen. Die Reichsregierung ist sofort in eine nähere Prüfung dieses Antrages eingetreten und wird ihm entsprechen, soweit die gesetzlichen und tatsächlichen Voraussetzungen hierzu gegeben sind.

— Die Gehaltsforderungen der Beamten und der Staatsarbeiter. Wie bereits bekannt, wollen die Spitzenverbände der Beamten- und Staatsarbeiter abermals das Ersuchen an die Regierung richten, die Gehälter und Löhne erneut zu erhöhen. Einer Mitteilung des Gesamtverbandes deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften zufolge sind die Vorarbeiten des Besoldungsausschusses dieser Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung der Grundgehälter soweit fortgeschritten, daß die Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen werden können. Es wird von der Regierung erwartet, daß sie ungeäußert entsprechende Verhandlungen mit den Gewerkschaften ansetzt. Hierbei wird gefordert, daß eine sozialwirksame und gerechte Spannung zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen eingeführt wird, wodurch sowohl die Befriedigung der Kulturbedürfnisse der Beamten in den niederen Besoldungsgruppen gewährleistet, wie auch das Leistungsprinzip berücksichtigt wird. Ferner soll die Verminderung der jetzigen großen Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Ortsklassen und die Umwandlung des Ortszuschlags in ein Wohnungsgeld angestrebt werden.

— Die Wahlen in Thüringen haben als Hauptergebnis einen Aufbruch nach rechts gebracht, andererseits haben sich aber auch die kommunistischen Stimmen vermehrt. Das Ergebnis der Stadtratswahlen weist, soweit bis jetzt bekannt, 195 bürgerliche gegen 161 sozialistische Stimm auf. Von den neun kreisfreien Städten haben nur zwei (Mittenburg und Gera) noch eine

# Tote, welche leben.

(10. Fortsetzung.)

Der Förster war neben Hedwig hingekniet. „Ja, ja“, sagte er leise — „und so fest halt ich ihn, daß man ihn gar nicht aus den verkrampften Fingern nehmen kann. Was soll man da machen? Das Mädel so liegen lassen? Natürlich, die Polizei wird das wünschen. Aber bis die kommt, ist sie ja doch munter geworden. Uebrigens ist's jetzt fünf Uhr und der Doktor Michel hat mir versprochen, mich heut um die Zeit hier aufzusuchen. Wir wollten schauen, ob wir ein paar Hasen vor die Büsche kriegen. Möglicherweise bringt er den Bezirksrichter mit und noch ein paar Herren.“

Irgend ein Laut klang herein. Der Förster hörte wie ein Waldtier so scharf und horchte.

Wieder kam der Ton durch die Stille geflogen. Ein scharfes Klingeln.

„Da sind die Herren schon“, sagte der Förster. „Sie kommen auf ihren Kägern.“

Die alte Katrin stand immer noch neben Hedwigs verbleibendem Körper. Sie zitterte so, daß sie gar keinen Handgriff fähig war. Sie verstand wohl auch kaum, was der Förster da sprach. Nur eines wurde ihr unklar bemerkt: Der Herr, welchen stets so gut gegen sie gewesen und der ihr oft ein paar Kronen geschenkt hatte, der Herr war tot. Und das Fräulein, welches sie kannte von Klein auf, lag da mit einem Ausdruck fürchterlichen Entsetzens in dem schönen Gesicht und hielt eine kleine, blisende Waffe fest noch in der Hand.

Das Geklingel drunten ward heftiger, kam rasch näher. Man hörte, wie mehrere Männer einander heitere Worte zuriefen. Da kam plötzlich Leben in den Förster. Er wollte hinabgehen. Aber dann besann er sich, riß ein Fenster auf und warf den Schlüssel zum Tor hinunter.

„Bitte sofort hierher kommen!“ rief er. — „Herr Doktor Seifert, Sie wissen ja den Weg. Ich laun nicht weg!“

„Nanu?“ brummte der Bezirksrichter und hob den Schlüssel auf. „Was ist denn da los?“

Eben kamen die beiden anderen Herren heran. Die Kägler hielten und sie sprangen ab. Ein paar Worte flogen hin und her, während Seifert schon öffnete.

Doktor Michel wiegte den Kopf.

„Na, wir werden's ja gleich hören, was los ist. Jedenfalls nichts Unangenehmes, dafür könnte ich guh stehen. Am Ende findest du, Freund Richter, eine Möglichkeit, dich zu betätigen. Einfach genug liegt ja die Bude hier. Eigentlich überhaupt ein Ort wie geschaffen für eine „dunkle Tat“! Und nach einer solchen schändest du ja, um durch sie recht schnell eine Berühmtheit zu werden auf polizeilichem Gebiet. Was? Denn, wenn man eine Berühmtheit ist, dann kann man sich leichter heranzwagen an eine gewisse Hella.“

„Doch das!“ fuhr der Angeredete kurz dazwischen. Der Arzt sah ihn kopfschüttelnd an. Aber das kluge, ernste Gesicht des Freundes zeigte keine Erregung. Nur die feinen Lippen zuckten.

„O, ja ja“, sagte Doktor Michel, schon auf der Stiege, „daran darf man also nicht rühren? Sonst wird ein gewisser Doktor Ernst Richter furchtbar tragisch. Na, schön. Lassen wir's. Und jetzt, was haben wir da?“

Er hatte die Tür geöffnet zum Eingangszimmer. Da kam ihnen schon der alte Förster entgegen.

Ein Bild in das verwitterte Antlitz genügte dem Arzt.

„Also: Es ist wirklich was passiert“, sagte er halb humoristisch, „ich hab's ja gleich gesagt. Ahe, Hasenjagd!“

Beinhart wollte zum Eyrechen ansetzen, aber die Stimme versagte ihm. Der Arzt war schon an ihm vorübergeeilt. Jetzt stand er auf der Schwelle des sonst stets verschlossenen Damenzimmers.

„Herrgott!“ rief er hervor.

Im nächsten Augenblick aber war er schon neben Werner Irwein. Ein Bild in das erstarrte Gesicht, ein kurzes Lachen nach Herzschlag und Atemtätigkeit, ein schnelles Untersuchen der Wunde.

„Vorüber“, sagte Doktor Michel und stand auf. Er war selbst tief erschüttert. Hatte er doch oftmals mit diesem, nun so rasch stillgewordenen, den Wald durchstreift, hatte mit ihm gejagt und manches kluge, liebe Wort aus seinem Munde gehört.

„Herr Irwein ist sofort, als ihn die Kugel traf, tot gewesen“, sagte er heiser. „Die Art des Schusses zeigt, daß derselbe von weiterher abgegeben wurde. Also: Ein Mord.“

Er unterdrückte sich einen Augenblick lang. Seine Augen liefen durch den Raum, als suche er irgendwo nach einer Spur von dem Mörder. Da fiel sein Blick auf Hedwigs Gestalt.

„O“, sagte er. „Was heißt das? Hedwig Mirbach?“

Aber ehe er noch neben ihr war, standen schon Doktor Seifert und Ernst Richter neben dem bewußtlosen Mädchen.

„Hedwig Mirbach — und sie hält noch die Waffe in der Hand“, sagte der Bezirksrichter, selbst auf die tiefste Erregung. „Herrgott im Himmel, die Hebl! Der Liebhaber Irweins! Die Gestalt seiner Kinder! Und die — die hat ihn erschossen?“

Doktor Michel beugte sich über das Mädchen. „Rasch“, rief er der alten Katrin zu, „bringen Sie ein Glas mit Wein. Herr Irwein hat bestimmt ein paar Flaschen von seinem „Alten“ hier. Und dann nehmen Sie Essig mit! Und ein Leinentuch!“

Die Alte humpelte davon, so rasch sie nur konnte, und kam nach kurzer Zeit, während welcher die Herren ganz stumm blieben in ihrer Erschütterung, wieder mit dem Verlangten.

Der Arzt schloß dem Mädchen ein paar Tropfen ein, rieb ihr die Stirn, die Schläfen mit Essig und rief laut ihren Namen.

(Fortsetzung folgt.)

Programme, Eintrittskarten usw. druckt Carl Jehne.

postamtliche Mehrheit. Die Kreisräte, für die zum ersten Mal gewählt wurde, haben in der Hauptsache bürgerliche Mehrheiten, fünf Kreisräte aber werden sozialistische Mehrheiten haben, nämlich Saalfeld, Arnstadt, Altenburg, Rudolstadt und Sonneberg. Zahlenmäßig haben die Rechtsparteien bei den genannten Wahlen rund 200 000 Stimmen mehr als die Linksparteien aufgebracht.

Deutschnationalistische und Völkische. Der engere Vorstand der Deutschnationalistischen Partei trat der „Streuzeitung“ zufolge dieser Tage unter dem Vorsitz des Herrn von Heydebrand zusammen, um über innere Angelegenheiten zu beraten. Eingehend wurde über die Haltung der Partei gegenüber der völkischen Bewegung Stellung genommen, wobei eine Identifizierung kurzzeitig zwar abgelehnt, aber auf eine Beibehaltung der engen Beziehungen zu der völkischen Bewegung, die mit der deutschnationalistischen Partei durch ihre Grundzüge und Ziele verwandt sei, großer Wert gelegt wurde. Vor allem hege die konservative Partei den Wunsch, die verschiedenen völkischen Richtungen zu einer gemeinsamen Organisation zu vereinigen und, wenn möglich, auch die deutschnationale Volkspartei für ein Zusammenarbeiten zu gewinnen.

## Rundschau im Auslande.

Das irische Parlament hat der protestantischen Regierung des Freistaates mit großer Majorität ein Vertrauensvotum hinsichtlich ihrer Stellung über die Rebellion der Anhänger de Valeras erteilt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist auf Trotzki ein neues Attentat verübt worden, bei dem dieser jedoch ohne Schaden davon kam.

Der angebliche Selbstmord des zum Tode verurteilten Sozialrevolutionärs Kamojew wird amtlich dementiert.

Österreich: Scharfe Bedingungen für die Kredithilfe.

Bundeskanzler Dr. Seipel hat im Ausschuss für Außenbeziehungen über seine Genfer Verhandlungen vertraulich berichtet. Wie verlautet, soll Österreich einen neuen Kredit von 15 Millionen Pfund erhalten, an dem sich auch Amerika mit einem Drittel beteiligen würde. Die Kredithilfe wird jedoch von der Annahme äußerst scharfer Bedingungen abhängig gemacht. Hauptbedingungen sind die Einleitung einer internationalen Finanz- und Verwaltungskontrolle sowie die Umwandlung der Reichswähr in eine Währ und Verhängung der österreichischen Geldmarken unter der Kontrolle ausländischer Offiziere. Außerdem soll auch die Abfassung des Wirtschaftsentwurfes und rücksichtsloser Ausbau des Beamtenheeres gefordert worden sein. Der Goldschatz soll im Auslande deponiert werden. Die Kreditverhandlungen werden voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen und es ist noch gar nicht über, ob es der Regierung gelingen wird, diese Bedingungen parlamentarisch durchzusetzen.

Frankreich: Der Kampf um den Schiffbau.

Die Matrosen des Leberseesdampfers „La France“ in Le Havre sind zum Protest gegen die Abänderung des Schiffbauentwurfes in der Handelsmarine in einen 24stündigen Streik getreten, so daß die Abfahrt des Dampfers, der mit 1350 Passagieren nach Amerika abgehen sollte, nicht stattfinden konnte. — Der Grubenarbeiterkongress in Angers hat eine Entschließung angenommen, in der für den Fall einer Abänderung des Gesetzes über den Achtstundentag durch Beschluß einer der beiden Kammern die sofortige und vollständige Arbeitslosigkeit in den Bergwerken angedroht wird.

England: Wirtschaftlicher Druck auf Frankreich.

Bersiebende Anzeichen deuten darauf hin, daß die englische Hochfinanz wegen des französischen Widerstandes gegen eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage auf Frankreich einen wirtschaftlichen Druck ausüben beabsichtigt. In den letzten Tagen sind an der Londoner Börse so große Verluste erzielt worden, daß die Pariser Börse sich gegenüber der Londoner erheblich verschlechtert hat. Ferner wurden von London aus im Zusammenhang mit dem englisch-französischen Konflikt in der Orientfrage alle französischen Wertpapiere in solchem Umfange angeboten, daß die Pariser Börse nicht imstande ist, das auf den Markt kommende Material aufzunehmen. Während alle französischen Wertpapiere stark Kursrückgänge aufweisen, werden die in Paris gehandelten englischen und amerikanischen Papiere von der Pariser Börse begehrt.

Indien: Rückkehr der Deutschen nach dem fernem Osten.

Selbster war, außer Niederländisch-Indien, seit Kriegsende nur China und Japan für die Deutschen geöffnet. Während ihnen Australien noch auf Jahre hinaus verschlossen sein dürfte und Britisch-Borneo und Hinterindien, wie Französisch-Hinterindien ihre Bestimmungen gegen die Niederlassung deutscher Staatsangehöriger voraussichtlich noch für längere Zeit aufrecht halten werden, öffnen sich nunmehr die Vereinigten Malayenstaaten mit Penang und Singapur am 13. Oktober und Ceylon im November oder Dezember dieses, Siam am 17. Januar nächsten Jahres den Deutschen wieder; Handelsbeziehungen waren ja schon längst wieder angeknüpft worden. In Hongkong ist ja die Niederlassung von Deutschen bereits seit 28. August wieder erlaubt.

Habenstein reist nach London.

Berlin, 14. September. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Vormittagsitzung beschlossen, den Reichsbankpräsidenten Habenstein zu Verhandlungen mit der Bank von England heute abend nach London zu entsenden. Die Verhandlungen sollen sich auf die Frage beziehen, ob die bereits mehrfach erwogene Beteiligung englischer Banken zur Leistung einer Garantie für die deutschen Schatzwechsel nunmehr praktisch erörtert werden kann.

Chefbesprechung in der Reichsanlei.

Berlin, 14. September. Heute fand in der Reichsanlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Chefbesprechung statt, in der über die Note der belgischen Regierung beraten wurde. In diesen Beratungen wurden insbesondere auch die gegenwärtig in Paris im Gange befindlichen inoffiziellen Unterhaltungen der Staatssekretäre Fischer und Bergmann mit den Mitgliedern der Reparationskommission erörtert. Das Reichsfinanzministerium steht mit den beiden deutschen Vertretern in Paris in ständiger Verbindung.

Die Theater verbieten deutsche Gastspiele.

Wien, 14. September. Die Schauspieler des böhmischen Grenzortes Warnsdorf Gastspiele zu geben.

nachdem vorausgegangen einen durchschlagenden Erfolg erzielt hatten. Das nächste Gastspiel wurde jetzt verboten, und zwar auf Grund eines tschechischen Erlasses, wonach infolge der besonders scharfen Handhabung der Grenzbestimmungen gegenüber tschechisch-wägalischen Staatsangehörigen auch seitens der tschechischen Regierung die sogenannten Balutagastspiele deutscher Künstler verboten werden.

Die Opfer der „Hammonia“.

Hamburg, 14. September. Nach den bis heute bei der Hamburg-Amerika-Linie eingegangenen Nachrichten sind alle an Bord des Dampfers „Hammonia“ gewesenen Passagiere und Mannschaften als gerettet festgestellt worden bis auf 10 in Spanien an Bord gekommene Passagiere und 5 Personen der Besatzung, über deren Verbleib bis zur Stunde Nachrichten fehlen.

Hunkal, 14. September. Der Dampfer „City of Valencia“ landete hier sieben Passagiere der gesunkenen „Hammonia“. Die Geretteten werden am 25. nach Vigo mit dem Dampfer zurückkehren.

Englische Munition für Angora.

Smyrna, 14. September. Der Vertreter der Angoraregierung Keith hat einem Pressevertreter erklärt, daß die Munition, die von den Kemalisten bei ihrer Offensive verwendet worden sei, von englischen Häusern in Konstantinopel gekauft worden sei.

## Aus Stadt und Land.

Ein Opfer der Zeitungsnot ist auch der im Verlage der „Germania“ im 32. Jahrgang erscheinende „Deutsche Volksfreund“ geworden, der vom 1. Oktober d. J. ab sein Erscheinen einstellen muß.

79 300 Mark Belohnung. Pelzwaren im Werte von einer halben Million Mark wurden aus den Geschäftsräumen einer Leipziger Rauchwarenhandlung gestohlen. Man vermutet, daß der Diebstahl von den gleichen Dieben ausgeführt wurde, die kürzlich den Einbruch in das Warenhaus Althoff verübten. Die bestohlene Rauchwarenfirma hat eine Belohnung von 79 300 Mark ausgesetzt.

Die Lotsen in Embden streiken. Die Lotsen des Embdener Lotsengesellschaft in den Streik getreten. Sie haben bei einer Besprechung, die unter dem Vorsitz eines unparteiischen Senators der Stadt Embden unter Beteiligung des zuständigen Ministeriums stattfand, eine Verhandlung der Embdener Lotsengesellschaft abgelehnt. Da eine Einstellung der Zufahrt zum Hafen Embden für die gesamte deutsche Wirtschaft (Erzverföhrung, Getreidezuföhr) sehr nachteilige Folgen haben würde, ist eine technische Hilfe eingerichtet, durch die den sich vor der Emsmündung ansammelnden Schiffen mit Unterstützung der Reichswasserschutz eine gefahrlose Beföhrung der Ems von See bis nach Embden ermöglicht wird.

Ein tödlicher deutscher Ermordung in Hannover. Arbeiter, die im Bahnhofsgebäude von Leuzegem in Ostflandern mit dem Abbrennen eines Kamins beschäftigt waren, entdeckten unter dem Fußboden des Speichers die Leiche eines deutschen Soldaten, dem der Kopf abgehakt worden war. Das Gebäude ist von Oktober 1914 bis November 1918 von einer deutschen Bahnhofsstation besetzt gewesen. Leuzegem ist eine knappe halbe Stunde von Aachen entfernt und gehörte während des Krieges zum Etappengebiet der vierten Armee und zur Stabkommandantur Aachenaarde.

Tödlige Folge der Unvorsichtigkeit. In Landstuhl beugte sich bei der Einfahrt eines Juges in die Station ein Schaffner aus Kaiserlautern so weit aus dem Abteifenster, daß er gegen einen Laternenpfahl mit dem Kopfe stieß. Dadurch wurde ihm die Schädeldecke zertrümmert und er war sofort tot.

Einem raffinierten Schwindel legte sich der Pader einer Krefelder Sammetfabrik für die Unterschlagung von 600 000 Mark zurecht. Die Firma hatte einen Boten zur Bank geschickt, um den Betrag dort abzuholen. Der betrügerische Boten erklärte dem Boten, nachdem dieser das Geld erhalten hatte, seine Mutter sei verunglückt, er solle sofort in das Krankenhaus kommen und ihm nur das Geld schon aushändigen, damit er es der Firma bringen könnte. Der Betrag wurde ihm auch gegeben. Diese Angaben stellten sich später als Schwindel heraus. Der erst 18½ jährige Bursche ist mit dem Gelde verschwunden.

Zusammenschüsse zwischen englischen und polnischen Truppen. In einer Wirtshaus in Danzig ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen angetrunkenen englischen und polnischen Matrosen der im Hafen liegenden Kriegsschiffe gekommen, die dadurch entstanden, daß die Polen die Persönlichkeit des Oberkommandanten, der bekanntlich englischer General ist, wegen seiner angeblich deutschfreundlichen Haltung an-

issen und beschimpften. — Das englische Offizierskader hat nach fünftägigem Aufenthalt im Danziger Hafen wieder die Danziger Gewässer verlassen und ist unmittelbar nach England in See gegangen. Mit dem Besuch in Danzig ist die englische Rundfahrt durch die baltischen Häfen beendet worden.

Ein Paar Maßkleid 6000 Mark. Die bayerischen Schuhmacher erklären, unter 6000 Mark Maßkleide nicht mehr herstellen zu können, und richten folgende Forderung an die bayerische Regierung: Beschränkung der Schafthöhe, Verminderung des Lederverbrauchs zu Handschuhen, Damenhüten, Kleidern und Mänteln, Beschränkung der Lederzuföhrung und Konfektionierung des Haut- und Schuhhandels.

Hochwassergefahr in Bayern. Seit drei Wochen etwa steht Bayern unter einem Tiefdruck, so daß in Nordbayern bereits Hochwassergefahr droht. Sämtliche nordbayerischen Flüsse sind außerordentlich angeschwollen, und die Landeswetterwarte teilt mit, daß die Niederflüsse noch weiter anhalten.

Ein eigenartiger Doppelselbstmord. In Oldenburg verübten ein 18jähriger junger Mann und ein junges Mädchen dadurch gemeinsam Selbstmord, daß sie sich einen Draht um den Körper banden und diesen über eine Hochspannungsleitung warfen.

Gedenktafel für den 15. September.

1780 \* Der Vater Peter Kraft in Danau (\* 1850) -- 1834 \* Der Geschichtschreiber Heinrich v. Trefftz in Dresden (\* 1896) -- 1864 \* Der Forstungsreisende S. D. Speke bei Bath (\* 1827) -- 1869 \* Der Vater Fritz Oberbeck in Bremen (\* 1909) -- 1883 \* Der U-Bootsführer Otto Weddigen in Nordsee (\* 1915) -- 1914 Erste Entschädigung von Brzembil durch die Russen (bis 10. Oktober) -- 1916 Englisch-französischer Großangriff im Acre-Comme-Gebiet.

Gedenktafel für den 16. September.

1622 Tilly erobert Heidelberg -- 1736 \* Der Glasbläser Gabriel Daniel Fahrenheit (\* 1686) -- 1899 Entschädigung der schifflichen Offiziere in Weisel -- 1831 \* Der Dichter Julius Wolf in Duedlinburg (\* 1910) -- 1833 \* Der Chirurg Ernst v. Bergmann in Ruken (Wolfsand) (\* 1907) -- 1903 \* Der Mittelungsforscher Konrad v. Maurer in München (\* 1823) -- 1907 \* Der Sozial William Marshall in Belgien (\* 1845).

Table with 4 columns: Country, 14. 9., 15. 9., 1914. Rows include: 100 holländische Gulden, 100 belgische Franken, 100 dänische Kronen, 100 schwedische Kronen, 100 italienische Lire, 1 englisches Pfund, 1 Dollar, 100 französische Franken, 100 schweizerische Franken, 100 tschechische Kronen.

Beste Nachrichten

Die Rückkehr der Trümmer des Oriecheheeres. Paris, 14. September. Die Räumung Kleinasiens durch die Griechen dauert fort. Bis jetzt sind 26.000 Mann und 6.000 Vermundete in die Heimat zurückgekehrt. In amtlichen Kreisen Athens stellt man in Abrede, daß es bei der Armee in Thraxien zu Meutereien gekommen sei und daß sich in der Marine Unruhen zeigten.

Der Fremdenlegion in die Arme getrieben. Straßburg, 13. September. In Zabern, Straßburg und Reß sind Anwerbungsburcaus für die Fremdenlegion gebildet worden. Das Bureau in Reß soll riesigen Zuspruch haben, täglich treffen Transporte von Deutschland und der Grenze ein. Von 60 Ankommenden werden durchschnittlich 20 eingestellt. Innerhalb eines Jahres würden auf diese Weise 1500 Leute in die französische Fremdenlegion eingestellt werden. Die Bewerber geben an, daß sie die wirtschaftlichen Verhältnisse veranlassen, sich zur Fremdenlegion zu melden, andere wieder sagen, daß sie die Offizierslaufbahn in Deutschland bei dem geringen Bedarf der Reichswehr nicht einschlagen könnten.

Umschwung in Paris? Paris, 14. September. Ueber die Beschlüsse der Wiedergutmachungskommission und die Entwicklung der deutsch-französischen Verhältnisse berichtet der „Antirassant“: Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß die Wiedergutmachungskommission energische Maßnahmen gegen Deutschland ergreifen wird. Es sei ebenso wenig wahrscheinlich, daß der eine oder der andere der Alliierten eine Aktion mit den Waffen gegen Deutschland ergreifen werde. In Paris habe sich ein ungeheurer Umschwung eingestellt. Man sei am Vorabend einer ganz neuen Politik, die Senator De Luberac in die Tat umzusetzen jetzt im Begriffe sei. Dann kommt das Wort auf den bevorstehenden Besuch der deutschen Industriellen in den zerstörten Gebieten zu sprechen und erklärt, es würden neue deutsch-französische Beziehungen vorgenommen und England davon in Kenntnis gesetzt werden. Es sei möglich, daß die Reise aus technischen Gründen um einige Tage verschoben würde, aber jedenfalls werde sie stattfinden und große Bedeutung für die zukünftigen deutsch-französischen Beziehungen haben. Der November 1922, so heißt es am Schluß, wird wahrscheinlich den Abschluß des Waffenstillstandes in diesen 4 letzten Kriegsjahren bedeuten. (Nahig abwarten.)

Ischadalscha. Konstantinopel, 14. September. Das neue griechische Kabinett hat Befehl geben lassen, die griechischen Truppen von der Ischadalschalinie zurückzuziehen und zu demobilisieren. Die griechischen Militärbefehrbörden in Thraxien haben sich bereits mit den alliierten Oberkommissaren in Verbindung gesetzt und sie um die Stellung von Eisenbahnzügen für den Abtransport ersucht. Allgemein wird erwartet, daß die Räumung der Ischadalschalinie noch am Ende dieser Woche beginnt. Die griechische Regierung hat ferner ihren Bevollmächtigten in Genf beauftragt, den Völkerbund um eine Intervention zu ersuchen.

Sächsischer Landtag.

121. Sitzung vom 14. September 1922. Am Ministertisch: Ministerpräsident Buch, Minister Lipinski. Präsident Frähdorf eröffnet die Sitzung nach 12 Uhr. Abg. Wünger (D. Vp.) berichtet für den Rechtsausschuß über den sozialdemokratischen Antrag betr. Aenderung der Artikel 8 und 9 der Verfassung, über die Vorlage betr. ein Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages und über den kommunistischen Antrag betreffend die Auflösung des Landtages und beantragt, der Landtag wolle beschließen, dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung der befristeten Landtagsauflösung keine Folge zu geben, ferner, dem von Rechtsanwalt Dr. Philipp und Oberlandesgerichtsrat Dr. Gutmann am 10. Mai 1922 beantragten und vom Gesamtministerium durch Verordnung vom 13. Mai 1922 zugelassenen Volksbegehren wird stattgegeben. Der Landtag löst sich sofort auf. Abg. Graf (Soz.) vertritt den Minderheitsantrag seiner Fraktion auf Einführung folgender Verfassungsbestimmungen: 1. Art. 8 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen erhält folgenden Wortlaut: Die Neuwahl findet vor Ablauf der Wahlperiode statt. Wird der Landtag durch Volksentscheid aufgelöst oder löst er sich selbst mit sofortiger Wirkung auf, so muß die Neuwahl spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden. Löst sich der Landtag befristet auf, so sind die Neuwahlen vor dem Ablauf der Befristungsfrist so rechtzeitig vorzunehmen, daß der neugewählte Landtag an dem Tage, der dem Auflösungstage folgt, zusammenzutreten kann. 2. An Stelle von Satz 1 des Artikels 9 Abs. 1 tritt folgende Vorschrift: Der Landtag kann sich selbst entweder mit sofortiger Wirkung oder befristet auflösen. Im letzteren Falle ist der Zeitpunkt der Auflösung so festzusetzen, daß in zwischen Neuwahlen erfolgen können und der neugewählte Landtag an dem Tage, der dem Auflösungstage folgt, zusammenzutreten kann. Abg. Dr. Dehne (Dem.) vertritt folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion zum Minderheitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion: a) In Ziffer 1 des Minderheitsantrages die Worte „Wird der Landtag durch Volksentscheid aufgelöst“ usw. bis „zusammenzutreten kann“ zu streichen; b) Ziffer 2 des Minderheitsantrages folgendermaßen zu fassen: Artikel 9 erhält folgenden Absatz 3: In den Fällen der Absätze 1 und 2 endet die Wahlperiode mit dem Tage der Neuwahl. Die Neuwahl muß spätestens am 60. Tage, nachdem der Landtagsbeschluß auf Auflösung ergangen oder das Abstimmungsergebnis des Volksentscheides in Sächsischen Gesetzblatt bekannt gemacht worden ist, erfolgen. In der Zwischenzeit darf der Landtag nur noch Angelegenheiten erledigen, deren Dringlichkeit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten anerkannt worden ist. Abg. Renner (Kom.): Bis jetzt hat noch kein Redner den Kern der ganzen Sache getroffen, denn der Kern ist der, daß man

fragen muß: Werden die Interessen der Arbeiterschaft durch die Mehrheit des Landtages, wie er nun einmal ist, in der richtigen Weise vertreten? Heute stellt sich die Regierung und der Landtag als Wall vor das Bürgertum. In Sachsen ist nun auch die Politik Stinnes durch die Sozialdemokraten durchgeführt worden. Die Sozialdemokratie steht in einer Einheitsfront mit den Bürgerlichen. Sie hat das Amnestiegesetz zu Fall gebracht, sie hat den Polizeietat angenommen (Welcher im ganzen Hause und Jurise: Ihr habt ihn doch auch angenommen). Die kommunistische Fraktion hat stets versucht, die Sozialdemokratie auf den Weg zu führen, den sie als Arbeiterpartei zu gehen hatte, aber vergebens, immer mehr nach rechts ist die Sozialdemokratie gerückt. Sie hat den Kampf des Proletariats gegen das Bürgertum eingestellt und ihn überall zu hemmen versucht. Die kommunistische Fraktion wird nie die Koalitionspolitik des Ministerpräsidenten mitmachen, das ist und bleibt einfach unmöglich. Heute liegen die Dinge nun so: Wer will von einer Verschleppung der Landtagsauflösung profitieren? Die bürgerlichen Parteien sind froh, daß sie eine Atempause erhalten haben, trotzdem sie nach außen hin die Neuwahlen kaum abwarten zu können vorgeben. Die Entscheidung über das Schicksal des Proletariats muß schnell fallen und wir wollen den baldigen Kampf gegen das Bürgertum und gegen die Renegaten von links. Der Politik des Ministerpräsidenten: „Rechtsrecht bricht Landesrecht“ muß schleunigst ein Ende gemacht werden. Als der Redner dann von dem Wahlschwärzereien des Abg. Bethke spricht, wird er von dem Vizepräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß ein Abgeordneter nie schwäche. Diese Bemerkung löst im ganzen Hause eine große Heiterkeit aus.) Wir machen die selbsterige Politik nicht mehr, mit und stimmen für sofortige Auflösung des Landtages. Abg. Müller-Leipzig (Unabh.): Wir lehnen den demokratischen Änderungsantrag ab und bedauern, daß so viele wichtige Gesetze für die Arbeiterschaft und für den Schutz der Republik durch die Kommunisten vereitelt werden. Wenn der Abg. Renner immer wieder betont, daß der jetzige Landtag nicht gelöst habe, so muß man immer wieder fragen, warum denn die Kommunisten eine solche Politik so lange mitgemacht und unterstützt haben. Die kommunistische Partei läßt sich bei ihren Maßnahmen lediglich von parteipolitischen Rücksichten leiten. (Der Redner wird von den kommunistischen Abgeordneten fortwährend unterbrochen, sobald Präsident Frähdorf der kommunistischen Partei zuzuhören muß, doch wenigstens den Anstand zu wahren.) Nicht die Sozialdemokratie, sondern die Kommunisten haben den bürgerlichen Parteien die Steinhügel gehalten. Tun Sie (zu den Kommunisten) dies ruhig auch weiterhin. Viel Glück dazu. Vor allem viel Glück bei Ihrer Wählerwahl. Abg. Hofmann (Nat.): Der Ton, der heute hier wieder herrscht, gibt uns erneut Veranlassung, dem Antrag des Rechtsausschusses auf sofortige Auflösung des Landtages zuzustimmen. Abg. Winkler (Soz.): Wir nehmen den Antrag des Abg. Dr. Dehne an mit Ausnahme des Zusatzes, daß in der Zwischenzeit nach dem Auflösungsbeschlusse nur bestimmte Vorlagen behandelt werden dürfen. Abg. Siwert (Kom.): Wir haben getan, was noch keine Partei getan hat. Wir haben vorgeschlagen, daß ein sächsischer Betriebsrätekonferenz über alle Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Sozialdemokratie entscheiden soll und daß wir uns dieser Entscheidung unterwerfen wollen. Die Sozialdemokratie hat dies abgelehnt, weil sie den Kampf gegen das Kapital nicht führen will. Der Kampf der Arbeiterschaft um die Kapital der Proletariats wird unter unserer Führung zum Ziele führen. Abg. Bethke (Soz.): Die Kommunisten haben immer nur geredet, aber niemals praktische Vorschläge gemacht. Es ist ihnen natürlich stets unangenehm, wenn man ihnen ihren kindischen Anstand vorhält. Die Heilsarmee bringt für reale Dinge mehr Verständnis auf wie die Kommunisten, denn sie waren stets unfähig, auch nur einen einzigen praktischen Vorschlag zu machen. Wenn wir zusammen mit Ihnen (zu den Kommunisten) zu den Massen sprechen werden, werden Ihre undurchführbaren Forderungen dasselbe Gelächter hervorrufen, das Ihnen hier Ihre Reden und Zwischenrufe einbringen. Damit kann ich Sie verlassen. Abg. Dr. Graf (Soz.) wendet sich gegen den Abg. Wünger und gegen die Vorwürfe der Kommunisten, die mit unwarner und entstellten Behauptungen wieder einmal mullergültig gearbeitet hätten. Die Antwort würden die Kommunisten, aber auch die Rechtsparteien bei den Wahlen erhalten. Hierauf erfolgt die Abstimmung. Auf Antrag des Abg. Winkler (Soz.) wird über den Schlußsatz des demokratischen Änderungsantrages besonders abgestimmt. Dieser Schlußsatz wird mit großer Mehrheit, auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Daraufhin stimmen bei der Abstimmung über den Änderungsantrag Dr. Dehne auch die Demokraten gegen den Antrag Dr. Dehne. Hierauf wird über den unveränderten Minderheitsantrag Graf (Soz.) auf Verfassungsänderung abgestimmt. Für diesen Antrag stimmen nur die Sozialdemokraten, sodas auch dieser Antrag abgelehnt ist. Schließlich stimmt man ab über den Mehrheitsantrag des Rechtsausschusses: Dem Volksbegehren wird stattgegeben, der Landtag löst sich sofort auf. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei, des Zentrumsabgeordneten und der kommunistischen Partei angenommen. Präsident Frähdorf stellt fest, daß die verfassungsmäßig notwendigen zwei Drittel der Landtagsabgeordneten anwesend sind und daß der Antrag mit 53 gegen 39 Stimmen angenommen worden ist und erklärt: Der Landtag ist aufgelöst, die Sitzung ist geschlossen. (Beifall und Händeklatschen im Saal und auf der Tribüne.)

Kirchen-Nachrichten.

14. Sonntag nach Trinitatis den 17. September 1922. Feier des 400jährigen Jubiläums der deutschen Bibel. Kollekte für die Bibelverbreitung. Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pfarrer Rosen. 9 Uhr Bibel-Festgottesdienst: Sup. Michael. 11 Uhr Fest-Kinder-gottesdienst (beide Abteilungen): Sup. Michael. 11 Uhr Gottesdienst im Weinfest: Pfarrer Rosen. Kemnersdorf. Abends 8 Uhr Festgottesdienst anlässlich der 400jährigen Bibelfeier. Nach dem Gottesdienst Abendmahlsfeier. Nachm. 2 Uhr Fest-Kinder-gottesdienst. Schönfeld. 9 Uhr Festgottesdienst anlässlich der 400jährigen Bibelfeier. Nach dem Gottesdienst Abendmahlsfeier. 10 Uhr Kinder-gottesdienst. Söckendorf. 1/2 9 Uhr Bibel-Festgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst. 1/2 2 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend. Johnsbach. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Feier des 400jährigen Jubiläums der Bibelübersetzung Dr. Martin Luthers. 10 Uhr Kinder-gottesdienst. Ripsdorf. 11 Uhr Bibel-Festgottesdienst: Pastor Fischer. (Kirchenmusik: „Herr, unser starker Held“, Lied für gemischten Chor von A. Becker.) Kreischa. 400jähriges Bibeljubiläum. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Festgottesdienst mit Predigt. 1/2 11 Uhr Fest-Kinder-gottesdienst. 3 Uhr Tauf-gottesdienst. Ossa. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Missionsleiter Adolf Müller. Pöschdorf. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Rabler. 9 Uhr Bibel-Festgottesdienst: Pfarrer Vorwerk. 1/2 11 Uhr Fest-Kinder-gottesdienst: Pfarrer Vorwerk. 1/2 2 Uhr kirchliche Unterredung mit der konfirmierten Jugend aus der ganzen Pfarodie: Pfarrer Rabler. Reichsdorf. 1/2 9 Uhr Festgottesdienst anlässlich des Bibel-jubiläums. 10 Uhr Kinder-gottesdienst. Ruppendorf. 1/2 9 Uhr Bibel-Festgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Sabisdorf. 9 Uhr Festgottesdienst anlässlich der 400-Jahrfeier der Lutherbibel. (Chorgesang: „Erhalt uns, Herr, dein Wort“ von R. Palme.) 1/2 11 Uhr Kinder-gottesdienst. — Ausstellung von Luthers Schriften und alter Bibeln aus dem 16. Jahrhundert in der Sankt-Nikolaikirche. Schellerbau. 9 Uhr Bibel-Festgottesdienst. 1/2 11 Uhr Fest-Kinder-gottesdienst. Varenburg. 1/2 5 Uhr Bibel-Festgottesdienst in der Kapelle. Schmiedeberg. 1/2 9 Uhr Bibel-Festgottesdienst: Pastor Fischer. (Kirchenmusik: „D teures Gotteswort“, Lied für gemischten Chor von M. Hauptmann.)

Katholischer Gottesdienst. Sonntag den 17. September 1922. Varenburg. 1/2 10 Uhr Gottesdienst in der katholischen Kapelle. Schmiedeberg. 1/2 10 Uhr Gottesdienst im Gasthof Schenk.

Papstfingergemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9 1/2 Uhr Gottesdienst. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 4 1/2 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7 1/2 Uhr Bibelstunde.

Wettervorhersage. 17. Sept.: Veränderlich, vielfach Sonne, ziemlich warm. 18. Sept.: Wenig verändert. 19. Sept.: Raum verändert. 20. Sept.: Sonne, Wolken, teils Regen, normal temperiert, windig. 21. Sept.: Meist heiter, angenehm, Wind. 22. Sept.: Wenig verändert. 23. Sept.: Vielfach bedeckt, Regenfälle, kühl.

Schlachtviehmarkt Dresden am 14. September. Auftrieb: 1. Rinder: 3 Ochsen, 3 Bullen, 7 Rinder und Rinder; 2. 403 Rinder; 3. 1 Schaf; 4. 76 Schmelze. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht: Rinder wie am Montag. Rinder: 1. Doppelender --, 2. beste Markt- und Sauglader 9800 1000, D. 159,75, 3. mittlere Markt- und Sauglader 9200 bis 9600, D. 156,75, 4. geringe Rinder 8200--8800, D. 154,75. Schweine: 1. vollfleischige der feinen Rasse und der Reinzüchter im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 1620--16400, D. 2,9, 2. Fettischweine 17200 bis 17400, D. 215,25, 3. Fettische 14800--15500, D. 2,2, 4. geringe entwidelt 13000--14000, D. 193, D. Durchschnittspreis pro Pfund. Fleischgewicht: Rinder gut, Schweine langsam. Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab, Stall, Frachten, Markt- und Verkaufsspesen, Umfahrgeld, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Staltpreise.

Zurverein Dippoldiswalde (D. Z.) -- Sonntag -- den 17. September -- Abturnen. Norm. Wettturnen innerhalb der Kinder-Abteilung. -- Nachm. 1/2 2 Uhr Stellen der Erwaachsenen auf dem Turnplatz. Rürturmen an Geräten, allem. Freiturnen, vollstimm. Wettkämpfe für alle Abteilungen, Einzelwettkämpfe, Stafettenläufe, Langstreckenlauf u. d. d. d. -- Abends 7 Uhr Ball in der „Reichskrone“ mit Eleganz und vielverschiedenen Ueberrassungen. -- Mit unlerer Vereinsangehörigen, deren Angehörige und eingeladete Gäste sowie wertere Brudervereine sind hierzu herzlich eingeladen. Für den Nachmittag wird die wöchentliche Teilnahme aller Aktiven erwartet. Der Turnrat.

Gewerbe = Gehilfen = Verein Reinhardtsgrünna und Umgegend. Sonntag den 17. September im Gasthof zum Erdgericht Vereins = Vergnügen. Anfang 7 Uhr. -- Ab nachm. 4 Uhr Schelbenfeier a. d. Saal. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, sind herzlich willkommen. D. V.

1000 Mark Belohnung lege ich aus für Namhaftmachung des infamen Subjekts, welches das obige Gerächt gegen mich und eine andere Person erlitten und im Umlauf gesetzt hat, wenn ich das Subjekt dadurch gerichtliche bestrafen lassen kann. Jede weitere Nachfrage wird verfolgt. Straß 28, 15--30. H. Klomm.

Linde, Pappel, Eiche usw. sowie anderes Hart- und Weichholz lauft ständig. S. Krumpolt, Buchhändler-Schmiedeberg.

Hausmädchen sofort oder später gesucht. Frau Buchdruckereibes. Jhesu, Gartenstraße.

Toilette Seifen Herm Lommatsch Drogerie zum Elefanten Dippoldiswalde. Bistitenarten :: C. Jehne

Drucksachen aller Art

Carl Jehne, Dippoldiswalde